S 7 AL 456/02

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 7 AL 456/02
Datum	07.07.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 AL 302/04
Datum	18.02.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Augsburg vom 7. Juli 2004 wird zurÄckgewiesen.
- II. AuÄergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen. â

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die ZurÄckweisung der KlÄgerin als VerfahrensbevollmÄchtigte im Widerspruchsverfahren streitig.

Die 1941 geborene Beigeladene H. M. (M.) war vom 01.07.1961 bis 22.10.2000 in der Firma ihres Ehemannes im Verkauf und in der Verwaltung tÄtig. Sie meldete sich am 16.04.2002 mit Wirkung zum 23.04.2002 arbeitslos und beantragte die Bewilligung von Arbeitslosengeld (Alg). Dabei gab sie an, seit 23.10.2000 arbeitsunfÄhig krankgeschrieben zu sein. Wegen ihrer Erkrankung kÄnne sie die TÄtigkeit aus ihrer letzten BeschÄftigung nicht weiter ausÄben und habe am 22.11. 2000 bei der Bundesversicherungsanstalt fÄr Angestellte (BfA) einen Antrag auf Rente wegen Berufs-/ErwerbsunfÄhigkeit gestellt.

Mit Bescheid vom 14.06.2002 bewilligte die BfA M. Rente wegen Erwerbsunfähigkeit.

Mit Bescheid vom 21.06.2002 lehnte die Beklagte die Bewilligung von Alg ab. Der Beigeladenen sei aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung (Erwerbsunfähigkeit) zuerkannt worden, weshalb ihr Leistungsanspruch ruhe ([Â§ 142 Abs.1 Nr.3](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch â SGB III -).

Die KlÃ¤gerin machte mit dem Widerspruch geltend, die Beigeladene auch gegenÃ¼ber der Beklagten zu vertreten, und legte eine auf sie lautende Vollmacht vor.

Mit Schreiben vom 02.07.2002 wies die Beklagte die KlÃ¤gerin darauf hin, dass diese im Rahmen ihrer TÃ¤tigkeit als Rentenberaterin Widerspruch eingelegt habe. Als solche sei sie nur befugt, geschÃ¤ftsmÃ¤Ãig in diesem Sachbereich tÃ¤tig zu werden. Die ihr erteilte Erlaubnis zur geschÃ¤ftsmÃ¤Ãigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten nach Art.1 Â§ 1 Abs.1 Satz 2 Nr.1 Rechtsberatungsgesetz berechtige dagegen nicht das von ihr beanspruchte TÃ¤tigwerden auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung (vgl. z.B. Urteile des BSG vom 06.03.1997 â [7 RAr 20/96](#) und vom 21.03.2002 â [B 7 AL 64/01](#) und Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22.12.2000 â [1 BvR 717/97](#)). BevollmÃ¤chtigte, die geschÃ¤ftsmÃ¤Ãig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen, ohne dazu befugt zu sein, seien gemÃ¤Ã [Â§ 13 Abs.5](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) zurÃ¼ckzuweisen (keine Ermessensentscheidung). Es stehe der KlÃ¤gerin frei, sich zur Sach- und Rechtslage zu ÃuÃern. Ihrer Mandantin sei im Rahmen der erforderlichen AnhÃ¶rung ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.

Mit Bescheid vom 08.07.2002 teilte die Beklagte M. mit, dass sie dem Widerspruch in vollem Umfang abgeholfen habe. Unter AbÃ¤nderung des Bescheides vom 21.06.2002 ruhe ihr Leistungsanspruch wegen der Zuerkennung der EU-Rente erst ab 01.07.2002.

Dieser Sachverhalt wurde auch der KlÃ¤gerin mitgeteilt. Nachdem die Hauptsache erledigt sei, gehe es jetzt ausschlieÃlich noch um die von ihr angezeigte Vertretung.

Die KlÃ¤gerin fÃ¼hrte hierzu aus, sie glaube befugt zu sein, die Interessen der M. im Rahmen einer sog. Annexkompetenz vertreten zu dÃ¼rfen. Eine solche setze unter Beachtung der hÃ¶chststrichterlichen Rechtsprechung voraus, dass die umstrittene TÃ¤tigkeit auÃerhalb des eigentlichen TÃ¤tigkeitsbereichs (fÃ¼r welchen eine Erlaubnis erteilt worden sei) zur genehmigten BerufsausÃ¼bung in einem engen Zusammenhang stehen mÃ¼sse. Ein solcher bestehe, wenn ohne die TÃ¤tigkeit, fÃ¼r die eine Annexkompetenz geltend gemacht werde, die HaupttÃ¤tigkeit als Rentenberaterin unangemessen erschwert werde. Genau dieses treffe vorliegend zu. M. habe sie nicht nur mit der Vertretung ihrer rentenversicherungsrechtlichen Interessen beauftragt. Die Leistungen der

Beklagten, welche nicht zuletzt auf Grund des eingelegten Widerspruchs zuerkannt worden seien, wärden, wie man wisse, auch eine Beitragsentrichtung zur Rentenversicherung erforderlich machen. Die am 17.08.1941 geborene M. hätte, da sie neben den übrigen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen das 60. Lebensjahr vollendet habe, Altersrente beanspruchen können. Es sei auch im Hinblick auf steuerliche Aspekte abzuwägen gewesen, ob und mit welcher Leistung (unter Berücksichtigung weiterer Beitragszeiten durch den Arbeitslosengeldbezug) M. besser fahre. Wie man sehe, hätte eine Zurückweisung ihre Haupttätigkeit erheblich erschwert, weshalb sie meine, dass hier der seltene Fall einer Annexkompetenz vorliege.

Mit Bescheid vom 01.08.2002 wies die Beklagte die Klägerin als Prozessbevollmächtigte zurück. Als Rentenberaterin sei diese nicht befugt, auf dem Gebiet des Arbeitsförderungsrechts tätig zu werden. Es werde insoweit auf den Ausgangsbescheid Bezug genommen. Der Ausnahmefall einer Annexkompetenz, den die Klägerin mit der Berücksichtigung von Arbeitslosengeldbezugszeiten als Beitragszeiten für einen möglichen Anspruch auf Altersrente begründe, liege nicht vor. Konkret für den Fall, für seinen Mandanten (durch Alg-Antrag oder Widerspruch) eine rentenrechtliche Zeit zu schaffen, habe das BSG eine Annexkompetenz für einen Rentenberater verneint, denn mit einer derartigen Argumentation ließe sich entgegen dem Regelungszusammenhang des Rechtsberatungsgesetzes die Zuständigkeit des Rechtsberaters bis ins Uferlose ausdehnen (BSG vom 21.03.2002 [B 7 AL 64/01](#)).

Mit dem Widerspruch machte die Klägerin geltend, die Zurückweisung als Verfahrensbevollmächtigte vom 01.08.2002 dürfe auch unter Beachtung der jüngst ergangenen höchstgerichtlichen Rechtsprechung nicht länger haltbar sein, denn auf die im speziellen Fall geltend gemachte Annexkompetenz habe sie sich in ihrer über 18-jährigen Tätigkeit erst das zweite Mal überhaupt berufen. Die Befürchtungen, die Zuständigkeit eines Rentenberaters könne bis ins Uferlose ausgedehnt werden, erweise sich als unbegründet, was letztlich die Tatsachen beweisen würden. Fakt sei und bleibe, dass ihre Tätigkeit als Rentenberaterin in dem von ihr vertretenen Fall in unzumutbarer Weise eingeschränkt worden wäre, weshalb sie bitte, ausnahmsweise eine Annexkompetenz anzuerkennen.

Mit Widerspruchsbescheid vom 22.08.2002 wies die Beklagte den Widerspruch als unbegründet zurück. Dabei stützte sie sich erneut auf die Begründung im Ausgangsbescheid und die bereits von ihr zitierte Rechtsprechung.

Zur Begründung der zum Sozialgericht (SG) Augsburg erhobenen Klage hat die Klägerin ausgeführt, die Beklagte habe ihrem Widerspruch vom 01.07.2002 mit dem an ihre Mandantin gerichteten Bescheid vom 08.07.2002 abgeholfen. Nach der gleichzeitig ergangenen Kostengrundscheid (als solche nicht besonders gekennzeichnet) würden "die Ihnen im Widerspruchsverfahren gegebenenfalls entstandenen Aufwendungen durch das Arbeitsamt D. erstattet". Diese Erklärung gelte als Zusicherung gemäß [§ 34 SGB X](#). Da diese Zusicherung noch vor ihrer

Anhngung die Anfragen der Beklagten vom 02.07. und 18.07.2002 werte sie als solche, obwohl sie keinen Hinweis auf [24 SGB X](#) enthalten htten sei die Beklagte an sie gebunden, denn die Wirksamkeit eines Verwaltungsaktes drfe nicht auer Acht gelassen werden. Gem [39 SGB X](#) werde ein Verwaltungsakt gegenber demjenigen, fr den er bestimmt sei oder der von ihm betroffen werde, in dem Zeitpunkt wirksam, in dem er ihm bekannt gegeben werde. Der Bescheid, mit dem die umstrittene Zurckweisung ausgesprochen worden sei, datiere vom 01.08.2002. Erst ab dem Zeitpunkt des Zugangs (= 02.08.2002) habe dieser Verwaltungsakt eine Rechtswirkung entfalten knnen. Bis zu diesem Zeitpunkt habe sie auch mit ihrer Mandantin davon ausgehen drfen, dass die Erhebung und Begrndung des Widerspruchs vom 01.07.2002 im Rahmen der Annexkompetenz abgedeckt gewesen sei, einschlielich der sich hieraus ergebenden Folgen bezglich der Kostenerstattung im Falle eines erfolgreichen Rechtsbehelfs. Nach alledem erweise sich die Klage zumindest hinsichtlich der Kostenerstattung als durchaus begrndet.

Die Beklagte hat hiergegen eingewandt, es sei richtig, dass in der Abhilfeentscheidung vom 08.07.2002 die Erstattung der notwendigen Aufwendungen zugesichert worden sei. Diese Kosten- (grund)entscheidung ergebe sich aus [63 Abs.1 Satz 1 SGB X](#), nachdem der Widerspruch in diesem Sinne erfolgreich gewesen sei. Davon abgesehen, dass die Abhilfeentscheidung nicht an die Klgerin, sondern an M. gerichtet gewesen sei, sei in dieser Kostenentscheidung bewusst die Zuziehung eines Bevollmchtigten nicht fr notwendig und dessen Kosten fr erstattungsfhig erklrt worden ([64 Abs.2 SGB X](#)). Nach [63 Abs.3 Satz 2 SGB X](#) habe die Kostenentscheidung zu bestimmen, ob die Zuziehung eines Rechtsanwalts oder eines sonstigen Bevollmchtigten notwendig gewesen sei. Eine solche Bestimmung zu Gunsten der Klgerin enthalte die mit dem Bescheid vom 08.07.2002 getroffene Kosten(grund)entscheidung nicht. Ist nmlich die Vertretung durch einen Bevollmchtigten erkennbar gesetzeswidrig (z.B. wegen Verstoes gegen das Rechtsberatungsgesetz), so sei sie nicht notwendig. Entgegen der Auffassung der Klgerin enthalte daher die am 08.07.2002 getroffene Kostengrundentscheidung keine Zusicherung, die Gebhren und Auslagen der Klgerin zu erstatten.

Mit Urteil vom 07.07.2004 hat das SG die Klage abgewiesen. Die Ausfhrungen der Beklagten seien rechtlich nicht zu beanstanden. Unstreitig sei, dass die Klgerin als Rentenberaterin fr Rentenangelegenheiten zugelassen sei. Nach der einschlieigen Rechtsprechung des BSG stehe fest, dass eine Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten als Rentenberater nach Art.1 1 Abs.1 Satz 2 Nr.1 Rechtsberatungsgesetz nicht als solche bereits das Ttigwerden auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung umfasse. Auch die von der Klgerin geltend gemachte Annexkompetenz liege nicht vor.

Mit der Berufung macht die Klgerin weiterhin geltend, hier lge der Ausnahmefall einer Annexkompetenz vor.

Die Klgerin beantragt sinngem, den Bescheid vom 01.08.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.08.2002 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Sie verbleibt bei ihrer Auffassung, dass der Ausnahmefall einer Annexkompetenz nicht gegeben sei.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird im Übrigen auf den Inhalt der Verwaltungsunterlagen der Beklagten und der Verfahrensakten beider Rechtszüge Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulässig ([§ 143, 151 Sozialgerichtsgesetz](#) - SGG -); ein Ausschlussgrund ([§ 144 Abs.1 SGG](#)) liegt nicht vor.

In der Sache erweist sich das Rechtsmittel als unbegründet. Zu Recht hat das SG Augsburg mit Urteil vom 07.07.2004 die Klage abgewiesen, da die in dem angefochtenen Bescheid vom 01.08.2002 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.08.2002 erfolgte Zurückweisung der Klägerin im Widerspruchsverfahren nicht zu beanstanden ist.

Die der Klägerin erteilte Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten als Rentenberaterin nach Art.1 § 1 Abs.1 Satz 2 Nr.1 Rechtsberatungsgesetz umfasst nicht das Tätigwerden auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung (vgl. BSG SozR 3-1300 § 13 Nrn.5, 6).

Der Klägerin stand für die Vertretung der Beigeladenen im Widerspruchsverfahren auch keine Annexkompetenz zur Seite. Denn diese ist nur dann gegeben, wenn zwischen der konkreten Tätigkeit und dem eigentlichen Aufgabengebiet ein unmittelbarer Zusammenhang besteht, der so eng ist, dass die Wahrnehmung der eigentlichen Berufsaufgabe ohne die Annexkompetenz unmöglich gemacht oder doch unangemessen erschwert würde, und es sich bei der zusätzlichen Tätigkeit um eine den Zwecken des Hauptgeschäftes dienende Nebentätigkeit handeln würde (BSG a.a.O. Nr.4).

Im vorliegenden Fall ist nicht erkennbar, inwiefern eine Verfolgung der Rentenansprüche der M. ohne die Durchsetzung des Anspruchs auf Alg nicht möglich gewesen wäre, zumal die BfA die begehrte Rente bewilligt hat. Der Umstand, dass die Frage der Versicherungspflicht bezüglich der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung im Einzelfall in gleicher Weise zu beantworten ist, bedeutet nicht, dass hieraus eine so enge Verknüpfung erwächst, dass die Ansprüche aus den verschiedenen Versicherungszweigen nicht unabhängig voneinander verfolgt werden könnten. Wenn die Klägerin das Vorliegen einer Annexkompetenz damit begründet, dass der verfolgte Alg-Anspruch der Beigeladenen gleichzeitig eine Beitragszeit zur Rentenversicherung darstelle, so vermag dieses Vorbringen nicht zu überzeugen. Denn hierbei handelt es sich lediglich um eine mittelbare Rechtswirkung des Alg-Bezuges, wie sie dem vernetzten Sozialversicherungssystem immanent ist. Mit der Argumentation der

Klägerin ließe sich entgegen dem Regelungszusammenhang des RBerG die Zuständigkeit des Rechtsberaters bis ins Uferlose ausdehnen. Würde man diesem Gedankengang folgen, wäre auch die Beratung auf arbeitsrechtlichem Gebiet ([Â§ 7 Abs.1 SGB IV](#)) sowie im Arbeitserlaubnis- und Ausländerrecht der Kompetenz des Rentenberaters zuzurechnen. Hinzuweisen ist auch darauf, dass eine Annexkompetenz, die einen Rentenberater das Tätigwerden auch im Arbeitsförderungsrecht erlaubt, sich nicht einmal aus seinem Handeln im Umfeld der Nahtlosigkeitsregelung ([Â§ 125 SGB III](#)) herleiten lässt.

Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des SG Augsburg vom 07.07.2004 war deshalb zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision gemäß [Â§ 160 Abs.2 Nrn.1 und 2 SGG](#) liegen nicht vor.

Erstellt am: 17.05.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024